

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	29
Erstes Kapitel: Problemstellung und Legitimität der Arbeit	33
A. Zahlen und ihre politische Instrumentalisierung	33
B. Versuch einer neutralen kriminologischen Bestandsaufnahme der Gewalt gegen Vollstreckungspersonen	36
C. Die rechtstatsächliche Wirkungsweise der §§ 113-114	37
I. Zum jüngsten Offenbarungseid des Gesetzgebers	37
II. Die §§ 113-114 als gesetzmäßigkeitsentmantelte Konfliktressource	39
III. Rechtsstaatliche Bedenken	42
IV. Zusammenfassung	47
Zweites Kapitel: Die verfassungskonforme Schutzzweckbestimmung als Lotfußpunkt tatbestandlicher Funktionsanalyse	49
A. Vorbemerkung	49
B. Grundsätzliche Legitimation und Reichweite staatlicher Strafgewalt	49
I. Verfassungsrechtliche Fundierung des »ius puniendi«	49
II. Inhaltliche Reichweite des »ius puniendi«	53
1. Die Unterscheidung von Verhaltens- und Sanktionsnorm	53
2. Der materielle Verbrechensbegriff als Ansatz zur inhaltlichen Begrenzung staatlicher Strafgewalt	54
a) Der formelle Rechtsgutsbegriff in Gegenwart und Vergangenheit	54
b) Die funktionale Rechtsgutslehre nach <i>Freund</i> und <i>Jakobs</i>	56

c)	Die personale Rechtsgutslehre nach <i>Hassemer, Roxin und Rudolphi</i>	57
d)	Der individualistische Ansatz nach <i>Altenhain und Renzikowski</i>	58
III.	Funktion und grundlegende Technik der Sanktionsverhängung	59
1.	Vorbemerkung	59
2.	Das Strafmaß als Vereinigung unterschiedlicher Strafzwecke	60
C.	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	61
Drittes Kapitel: Rechtshistorische Gründe für das meteorische Erscheinungsbild des Widerstandsparagraphen		63
A.	Vorbemerkung	63
B.	Die historische Entwicklung des Widerstandsparagraphen und ihre Auswirkungen auf die Schutzzweckerwägungen der Gegenwart	64
I.	Rechtliche Behandlung der Widersetzlichkeit in Altertum und Mittelalter	64
II.	Die Entwicklung im deutschen Strafrecht vom 18. Jahrhundert bis zum hegemonialen Aufstieg Preußens	67
1.	Vorbemerkung	67
2.	Die Entwicklung außerhalb Preußens	67
a)	Das Königreich Bayern	67
aa)	Der Codex Iuris Bavaris Criminalis von 1751	67
bb)	Das bayerische Strafgesetzbuch von 1813	69
cc)	Das bayerische Strafgesetzbuch von 1861	71
b)	Das Königreich Sachsen	73
aa)	Das sächsische Criminalgesetzbuch von 1838	73
bb)	Das sächsische Strafgesetzbuch von 1855	75
c)	Die Habsburgischen Erblande	76
aa)	Die Theresiana von 1768	76

bb) Die Josephina von 1787	78
cc) Das österreichische Strafgesetzbuch von 1803	79
dd) Das österreichische Strafgesetzbuch von 1852	80
3. Die Entwicklung innerhalb Preußens	82
a) Das Allgemeine Landrecht von 1794	82
b) Das preußische Strafgesetzbuch von 1851	84
c) Zusammenfassung	88
III. Die Entwicklung im deutschen Strafrecht von der Gründung des Norddeutschen Bundes bis zum Ende des zweiten Weltkriegs	89
1. Vorbemerkung	89
2. Das Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes von 1870	90
3. Das Strafgesetzbuch des Deutschen Reiches von 1871	94
IV. Die Entwicklung im deutschen Strafrecht von der Gründung der Bundesrepublik bis zur Gegenwart	98
C. Die Lehre von der doppelten Schutzrichtung als Ergebnis der historischen Entwicklung des Widerstandsparagraphen	103
Viertes Kapitel: Schutzzielbezogene Verhältnismäßigkeitsuntersuchung des geltenden Widerstandsparagraphen	107
A. Vorbemerkungen	107
I. Einleitung	107
II. Die Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols als Fixpunkt der Verhältnismäßigkeitsprüfung	108
III. Die Methode der weiteren Untersuchung	110
B. Verhältnismäßigkeitsanalyse des § 113	110
I. Die Typizität des gesetzlichen Tatbestands sowie der Regelbeispiele besonders schwerer Fälle (§ 113 Abs. 1-2) und die Natur der Irrtumsregeln (§ 113 Abs. 3-4)	110
1. Zum gesetzlichen Tatbestand (§ 113 Abs. 1)	110

a)	Das Vorliegen einer Vollstreckungssituation	110
aa)	Persönlicher Anwendungsbereich	110
bb)	Sachlicher Anwendungsbereich	115
b)	Die drei Fälle der Tatbestandsverwirklichung und ihre interne Beziehung	119
aa)	Das Widerstandleisten mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt gemäß § 113 Abs. 1 Fälle 1-2	119
(1)	Das Widerstandleisten mit Gewalt gemäß § 113 Abs. 1 Fall 1	119
(2)	Das Widerstandleisten durch Drohung mit Gewalt gemäß § 113 Abs. 1 Fall 2	125
bb)	Der tätliche Angriff gemäß § 113 Abs. 1 Fall 3	126
cc)	Das logische Verhältnis der drei Verwirklichungsmodalitäten	129
2.	Zu den besonders schweren Fällen (§ 113 Abs. 2)	130
a)	Das Regelbeispiel des Beisichführrens von gefährlichen Werkzeugen gemäß § 113 Abs. 2 Nr. 1	130
b)	Das Regelbeispiel des Bringens in Todes- oder schwere Gesundheitsschädigungsgefahr durch Gewalttätigkeit gemäß § 113 Abs. 2 Nr. 2	131
3.	Zur Rechtmäßigkeit der Diensthandlung und den diesbezüglichen Irrtumsregeln (§ 113 Abs. 3-4)	132
a)	Die Rechtmäßigkeit der Diensthandlung gemäß § 113 Abs. 3 S. 1	132
aa)	Vorbemerkung	132
bb)	Rechtsnatur	134
	(1) Die Theorie von der objektiven Bedingung der Strafbarkeit	134
	(2) Die Tatbestandslösungen	137
	(a) Die Theorie vom Vorsatzdelikt	137
	(b) Die Theorie vom Fahrlässigkeitsdelikt	139

(3) Die Rechtswidrigkeitslösungen	141
(a) Die Theorie vom besonderen Rechtspflichtmerkmal	141
(b) Die Theorie vom deliktsspezifischen Rechtfertigungsgrund	142
(4) Zusammenfassung	146
cc) Inhaltliche Anforderungen	147
(1) Vorbemerkung	147
(2) Der strafrechtliche Rechtmäßigkeitsbegriff	147
(3) Die verwaltungsrechtsakzessorischen Rechtmäßigkeitsbegriffe	151
(a) Die Wirksamkeitstheorie	151
(b) Die Vollziehbarkeitstheorie	152
(4) Stellungnahme	154
b) Die irrite Annahme der Rechtmäßigkeit der Diensthandlung gemäß § 113 Abs. 3 S. 2	155
c) Die irrite Annahme der Rechtswidrigkeit der Diensthandlung gemäß § 113 Abs. 4	155
II. Die konkurrenzrechtlichen Beziehungen des § 113	157
1. Vorüberlegung: Das Konkurrenzverhältnis zu den §§ 185, 223, 240 als Prüfstein für die innere Plausibilität des § 113	157
2. Das Konkurrenzverhältnis von § 113 und § 185	157
3. Das Konkurrenzverhältnis von § 113 und § 240	159
a) Das Verhältnis von Widersetzlichkeit und Nötigung im Kaiserreich	159
b) Das Verhältnis von Widersetzlichkeit und Nötigung im Nationalsozialismus	160
c) Das Verhältnis von Widersetzlichkeit und Nötigung in der Bundesrepublik	161
aa) Die Situation vor dem 44. Strafrechtsänderungsgesetz	161
bb) Die Situation nach dem 44. Strafrechtsänderungsgesetz	167

d) Zusammenfassung	175
4. Das Verhältnis von § 113 und § 223	176
a) Die Situation vor dem 44. Strafrechtsänderungsgesetz	176
b) Die Situation nach dem 44. Strafrechtsänderungsgesetz	178
5. Exkurs: Das Verhältnis von § 113 und §§ 125, 125a sowie § 136	179
III. Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit	181
1. Vorbemerkung	181
2. Geeignetheit	182
3. Erforderlichkeit	182
a) Zum tatbestandlichen Erfassungsbereich des § 113 Abs. 1 Fall 3 jenseits vollendeter und versuchter Körperverletzungen	182
b) Zu den besonders schweren Fällen nach § 113 Abs. 2	185
c) Zur fehlenden Möglichkeit des strafbefreien- den Rücktritts vom Versuch nach § 24	185
d) Zur fehlenden Verwerflichkeitsprüfung nach § 240 Abs. 2	186
e) Zum deliktsspezifischen Rechtfertigungsgrund in § 113 Abs. 3 S. 1	186
aa) Das Verhältnis des § 113 Abs. 3 S. 1 zu den allgemeinen Regeln	186
bb) Die Erforderlichkeit im Hinblick auf den Transport des strafrechtlichen Rechtmäß- igkeitsbegriffs	188
(1) Die hypothetische Zulässigkeit der Abwehr der nur aufgrund des straf- rechtlichen Rechtmäßigkeitbegriffs rechtmäßigen Diensthandlung nach allgemeinen Grundsätzen als Prü- fungsmäßstab der Erforderlichkeit	188

(2) Bagatelfehler der Vollstreckungsperson als Anknüpfungspunkt für eine Beschränkung der Notrechte des Vollstreckungsbetroffenen	189
(3) Irrtümer der Vollstreckungsperson als Anknüpfungspunkt für eine Beschränkung der Notrechte des Vollstreckungsbetroffenen	191
(a) Verortung der Irrtümer der Vollstreckungsperson über die Rechtmäßigkeit der Diensthandlung im allgemeinen Fundus der Irrtumslehre	191
(b) Die hypothetische Zulässigkeit der Abwehr der wegen Irrtums der Vollstreckungsperson nur aufgrund des strafrechtlichen Rechtmäßigkeitsbegriffs rechtmäßigen Diensthandlung nach allgemeinen Grundsätzen	192
(4) Handeln auf Befehl als Anknüpfungspunkt für eine Beschränkung der Notrechte des Vollstreckungsbetroffenen	195
cc) Die Erforderlichkeit im Hinblick auf die Irrtumsregelungen in § 113 Abs. 3 S. 2, Abs. 4	196
dd) Zusammenfassung	197
f) Zu den Irrtumsregelungen in § 113 Abs. 3 S. 2, Abs. 4	198
aa) Vorbemerkung	198
bb) Verortung der Irrtümer über den rechtfer-tigenden Umstand der Rechtswidrigkeit der Diensthandlung im allgemeinen Fun-dus der Irrtumslehre	199
(1) Gesetzliche Vorgaben und Terminolo-gie	199

(a) Überblick über die gesetzlichen Irrtumsregeln	199
(b) Die grundlegende Unterscheidung von Tatbestands- und Verbotsirrtum auf der Rechtswidrigkeitsebene	200
(c) Terminologie	201
(2) Klassifikation der möglichen Erscheinungsformen des Irrtums über den rechtfertigenden Umstand der Rechtswidrigkeit der Diensthandlung anhand einer Fallunterscheidung	202
(a) Negativer Irrtum (§ 113 Abs. 4)	202
(b) Positiver Irrtum (§ 113 Abs. 3 S. 2)	204
(3) Die Einordnung des Irrtum über die Verwirklichung »normativer« Erlaubnistatbestandsmerkmale als Vorfrage der hypothetischen Behandlung des Rechtswidrigkeitsirrtums nach allgemeinen Regeln	206
(a) Vorbemerkung	206
(b) Überblick über die Behandlung von Irrtümern über das Erlaubnistatbestandsmerkmal der Rechtswidrigkeit des Angriffs in Form einer Diensthandlung	207
(c) Versuch einer Problemlösung über die Ansätze zur Lösung der Parallelproblematik bei Irrtümern über die Verwirklichung »normativer« Tatbestandsmerkmale auf der Tatbestandsebene	209
(aa) Vorbemerkung	209

(bb) Die Entwicklung der höchstrichterlichen Rechtsprechung	209
(cc) Die vorsatzmodifizierenden Lösungsansätze	212
(a) Die Lehre von der Parallelwertung in der Laiensphäre	212
(β) Die teleologisch-reduzierte Sachverhaltssicht nach <i>Schlüchter</i>	215
(dd) Die erneute Hinwendung zum reichsgerichtlichen Lösungsansatz	215
(α) Vorbemerkung	215
(β) Der Irrtum über die Verweisungsreichweite nach <i>Herzberg</i>	216
(γ) Das Kriterium der Zeitstruktur nach <i>Kuhlen</i>	217
(δ) Die Unterscheidung von gegenstands- und begriffsbezogenen Irrtümern nach <i>Haft</i>	219
(ε) Die Lehre von der intentionalen Implizierung nach <i>Puppe</i>	220
(ee) Stellungnahme	221
(d) Konsequenzen für die Behandlung von Irrtümern über das Erlaubnistatbestandsmerkmal der Rechtswidrigkeit des Angriffs in Form einer Diensthandlung	222
(aa) Vorbemerkung	222

(bb) Unrechtskonzeptionsbedingte Strukturanforderungen an das Rechtmäßigkeitskriterium	225
(cc) Konsequenzen für die Behandlung der möglichen Erscheinungsformen des Irrtums über das Handlungsunrecht im Erlaubnistatbestandsmerkmal der Rechtswidrigkeit des Angriffs in Form einer Diensthandlung	226
(e) Zusammenfassung	228
cc) Hypothetische Behandlung des Rechtswidrigkeitsirrtums nach allgemeinen Regeln	229
(1) Negativer Irrtum (§ 113 Abs. 4)	229
(a) Vorbemerkung	229
(b) Ansätze zur Behandlung des Erlaubnistatbestandsirrtums	229
(aa) Die Vorsatztheorien	229
(bb) Die Schuldtheorien	230
(α) Die strenge Schuldtheorie	230
(β) Die eingeschränkten Schuldtheorien	234
(αα) Vorbemerkung	234
(ββ) Die Lehre von den negativen Tatbestandsmerkmalen	234
(γγ) Die eingeschränkte Schuldtheorie im engeren Sinne	237

(δδ) Die rechtsfol- genverweisende eingeschränkte Schuldtheorie	240
(cc) Stellungnahme	243
(c) Konsequenzen für die Be- handlung des Erlaubnista- bestandsirrtums über das Erlaubnistaatbestandsmerk- mal der Rechtswidrigkeit des Angriffs in Form einer Diensthandlung	243
(d) Modifizierungen durch § 113 Abs. 4	244
(aa) Zur Strafbarkeit von im vermeidbaren Er- laubnistaatbestandsirr- tum begangenen Tat- handlungen (§ 113 Abs. 4 S. 1)	244
(bb) Zur Strafbarkeit von im unvermeidbaren Er- laubnistaatbestandsirr- tum begangenen Tat- handlungen ohne Ein- legung zumutbarer Rechtsbehelfe (§ 113 Abs. 4 S. 2 HS. 2)	244
(cc) Zur Strafbarkeit von im Erlaubnistaatbe- standsirrtum begange- nen Tathandlungen ohne positive Rechts- widrigkeitsüberzeu- gung	245

(dd) Zur Möglichkeit strafbarer Teilnahme an im Erlaubnistatbestandsirrtum begangenen Tathandlungen	247
(2) Positiver Irrtum (§ 113 Abs. 3 S. 2)	247
(a) Vorbemerkung	247
(b) Erforderlichkeit und Inhalt subjektiver Rechtfertigungselemente	248
(c) Folgen der Nichtverwirklichung subjektiver Rechtfertigungselemente	250
(d) Zusammenfassung	257
g) Zum fehlenden Strafantragserfordernis	257
h) Zusammenfassung	258
4. Angemessenheit	259
a) Der Prüfungsmaßstab der Angemessenheit	259
b) Zur fehlenden Möglichkeit des strafbefreienden Rücktritts vom Versuch nach § 24	260
c) Zum Transport des strafrechtlichen Rechtmäßigkeitsbegriffs	261
d) Zur Strafbarkeit von im Erlaubnistatbestandsirrtum begangenen Nötigungshandlungen	262
e) Zur Möglichkeit strafbarer Teilnahme an im Erlaubnistatbestandsirrtum begangenen Nötigungshandlungen	264
C. Verhältnismäßigkeitsanalyse des § 114	266
Fünftes Kapitel: Einflussmöglichkeiten des Unionsrechts und grundgesetzliche Integrationsschranken im Hinblick auf Existenz und Gestalt des Widerstandsparagraphen	269
Sechstes Kapitel: Ergebnisse der Arbeit	271
Literaturverzeichnis	273